

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

52 (23.12.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 52

Mannheim, den 23. Dezember 1947

Preis 15 Pfg.

„Keine Macht der Erde kann uns trennen“

Der ständige Ausschuß des deutschen Volkskongresses gegen die Zerreißung Deutschlands

Nach dem Abbruch der Londoner Konferenz durch die Westmächte ergab sich für den ständigen Ausschuß des deutschen Volkskongresses die Notwendigkeit, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Schon jetzt ist der Volkskongreß zu einer Gesamtbewegung des deutschen Volkes für seine nationale Einheit und Unabhängigkeit geworden. In seiner Tagung am Samstag, den 20. Dezember, in Berlin nahm der deutsche Volkskongreß einstimmig eine Entschliebung an, in der alle Deutschen und alle Parteien aufgefordert werden, jeden Plan zur Zerreißung Deutschlands abzulehnen und sich mit allen Kräften für einen Volksentscheid einzusetzen.

In der Entschliebung heißt es:

„Der ständige Ausschuß des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden sieht in dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz die akute Gefahr einer für Deutschland und die Welt bedauerlichen Aufspaltung. Er nimmt mit besonderem Bedauern von der Ablehnung des Antrages auf Anhörung der Delegation des Volkskongresses durch die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich Kenntnis.

Der auf unserem Volke lastende Druck ist durch die Zerschlagung der Hoffnungen, daß es in London gelingen würde, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und somit die Grundlage für einen gerechten Frieden herzustellen, versärkt worden. Das umso mehr, als die Mitteilungen westlicher Presseagenturen erkennen lassen, daß Pläne auf eine

Zerreißung Deutschlands bestehen. Wenn auch die maßgebenden Parteien eine Mitwirkung an bereits abgefaßten Vertragsentwürfen in Abrede stellen, so ist es doch un schwer erkennbar, daß es leider Deutsche gibt, die sich solchen Plänen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Nach der Botschaft des Präsidenten Truman soll die englische und amerikanische Zone in die westeuropäische Sechzehn-Länder-Organisation des Marshallplanes einbezogen werden. Daraus erwächst eine riesengroße Gefahr staatlicher und wirtschaftlicher Sonderwege und der Bindungen an westeuropäische Sonderpläne.

Mit einem Eingehen auf solche Sonderpläne und Bindungen würde die Axt an die Wurzel Gesamtd Deutschlands gelegt und die Zerreißung unseres Vaterlandes eine furchtbare Tatsache.

Gegenüber diesen Gefahren hält es der ständige Ausschuß des deutschen Volkskongresses für geboten, das nationale Gewissen aller Deutschen zu schärfen und insbesondere die maßgebenden

Parteiführer vor ihre ganze geschichtliche Verantwortung zu stellen. Auch „vorübergehende Maßnahmen“ wären ein erster Schritt zur Zerreißung. Dem deutschen Volke darf nicht verwehrt werden, sich für seine Einheit durch eine

Volksabstimmung zu entscheiden.

Deutschland kann nicht zerrissen werden, wenn sich der geschlossene Wille des deutschen Volkes dagegen stellt. Keine Außenministerkonferenz und keine Macht der Erde kann uns trennen, wenn wir einig bleiben wollen!

Dafür sind auch alle Kräfte anzuspannen und alle Opfer zu bringen. Der Volkskongreß ruft in diesem Ringen um die deutsche Einheit und einen gerechten Frieden das ganze Volk zur Unterstützung seiner Arbeit auf.

Der Aufruf des ständigen Ausschusses des deutschen Volkskongresses ist unterzeichnet von Otto Grofewohl (SED), Lieutenant (LDP) und Nuschke (CDU).

Volksentscheid notwendig!

Das deutsche Volk hat ein Recht auf Abstimmung

Auf der zweiten Berliner Delegiertenkonferenz des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden erklärte Erich Geske (SPD): In der Stunde der größten Gefahr, da Deutschland zerrissen werden soll, muß der Volkskongreß zu einer das ganze deutsche Volk aufrüttelnden Bewegung werden.

Vizepräsident Steidle (CDU) bezeichnete es als eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn die Parteileitung der CDU die Teilnahme an dem Volkskongreß ablehnte. Die vielen CDU-Anhänger, die an dem Volkskongreß teilgenommen haben, wissen, daß alle braven Männer und Frauen bei ihnen stehn. Die Vertagung der Londoner

Konferenz hat uns nicht erschüttert, im Gegenteil, die innerdeutschen Fronten haben sich geklärt.

Frau Schörmer-Brächer (LDP) rief aus: Berlin muß die Hauptstadt eines geeinigten und vereinten Deutschlands bleiben!

Herrmann Matern (SED) wies darauf hin, daß die Spalter Deutschlands den Abbruch der Londoner Konferenz gewünscht haben. Die westlich lizenzierte Presse berichtete schon vorher von ihrer Sprengung. Er wandte sich mit aller Schärfe gegen die These einer Spaltung Deutschlands, die vorübergehend hingenommen werden müsse, um später die Einheit zu schaffen und sagte: „Das deutsche Volk hat das Recht, darüber abzustimmen, ob es ein einheitliches oder bizonisches Deutschland wünscht. Der Ausgang der Londoner Konferenz macht einen Volksentscheid notwendig.“

Deutschland - eine Kolonie?

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte auf der Londoner Konferenz:

„Die Sowjetregierung glaubt, daß die Herstellung eines demokratischen Friedens in Europa unlöslich mit der Umbildung Deutschlands in einen demokratischen, friedliebenden Staat verbunden ist. Deutschland soll seine eigene Verfassung haben, die später nach dem Willen der Deutschen selbst und nicht etwa auf Anordnungen des Auslands abgeändert werden kann. Wenn wir das neue demokratische Deutschland von den Wünschen des einen oder anderen Siegerstaates abhängig machen wollen, dann wird es nicht mehr Deutschland sein, sondern irgendeine Art mitteleuropäischer Kolonie. Vielleicht handelt man in den Kolonien nach den Launen des Mutterlandes, aber es ist nicht möglich aus Deutschland eine Kolonie zu machen, und niemand wird mit derartigen Versuchen Erfolg haben.“

Jawohl, niemand wird damit Erfolg haben, denn das deutsche Volk läßt trotz des Abbruchs der Londoner Besprechungen den Ruf nimmer verstummen nach der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und nach einem gerechten Frieden.

Otto Grofewohl sagt: Höchste Gefahr für Deutschland

„Kein deutscher Politiker darf sich heute zu Maßnahmen hergeben, die nie und nimmer im Interesse Deutschlands, im Interesse seines wirtschaftlichen Aufstiegs und seiner friedlichen Entwicklung liegen. Jeder von uns wird einmal Rechenschaft darüber ablegen müssen, wie er sich zu der großen Lebensfrage Deutschland verhalten hat. Die Geschichte ist ein unerbittlicher Richter. Lasse sich niemand dahin drängen, wo die Grenzen des objektiven Landesvertrags beginnen. Wir rufen zur Besinnung aller politischen Kräfte Deutschlands auf. Fassen wir die für eine friedliche Demokratie und für ein einheitliches Deutschland kämpfenden Kräfte zusammen, und richten wir immer wieder gemeinsam den Appell an die Welt, daß man auch dem deutschen Volke die Selbstentscheidung über seine staatliche Einheit überlassen muß. Es ist höchste Gefahr für Deutschland! Alarm!“

Einstündiger Proteststreik in Heilbronn

Großschleber-Affäre steigert die Empörung der Bevölkerung

(Eigenber.) Am 18. Dezember 1947 führten, außer den lebenswichtigen Versorgungsbetrieben, alle Produktionsstätten in Heilbronn und Neckaralbm in der Zeit von 11 bis 12 Uhr einen Proteststreik gegen die Wirtschaftssabotage und eine weitere Verschleppung des Mitbestimmungsrechts durch.

Dem Streik war eine Betriebsräte-Vollversammlung am Dienstag vorausgegangen. Die Delegierten griffen scharf das Mißverhältnis in der Versorgung mit Schuhen und Kleidung und den vollen Warenlagern an. Während in den Heilbronner Geschäften 26- bis 27 000 Paar Schuhe lagern, gelangte nur ein Bruchteil davon zur Verteilung.

Nachdem der Streikbeschuß bereits gefaßt war, steigerte die Aufdeckung eines Groß-Hamsterlagers, wo u. a. 500 Kilo bereits verdorbener Butter, verschimmeltes Schuhwerk und große Weinbestände gefunden wurden, die Empörung der Bevölkerung. Der Besitzer des Lagers, der sich erst in jüngster Zeit ein villenartiges Gebäude errichten konnte, wurde zwar verhaftet, aber es ist allgemein bekannt, daß derartigen Verbrechen an der Versorgung kaum etwas geschieht.

Eine Delegation von Gewerkschaftsvertretern aus Heilbronn begab sich nach Stuttgart und erreichte beim Landeswirtschaftsamt, daß noch vor Weihnachten und auch im Laufe des Januar ein größerer Teil der Schuhbestände freigegeben werden soll.

Im württembergisch-badischen Landtag sprach die Abordnung mit Regierungsvertretern und einer ihrer Wortführer wies dem Ministerpräsidenten ein Päckchen der verdorbenen Butter und ein Paar der verschimmelten Schuhe vor und erklärte: „Das hätte vermieden werden können, wenn die Arbeiterschaft im Besitz des Mitbestimmungsrechts wäre.“

Während der Landtagsdebatte um den Justizhaushalt lagen diese Zeugnisse der Wirtschaftssabotage auf dem Tisch der Schriftführer. Abg. Leibbrand machte das Haus darauf aufmerksam und sagte: „Man hat diesen Schleber und Käsegroßhändler jetzt verhaftet, aber wir wünschen nicht, daß der Fall wieder so behandelt wird, wie bisher. Wir verlangen, daß endlich mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen wird. Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, daß mit derartigen Verbrechen, wie das immer geschieht, milde verfahren wird.“



Ein neuer Stern
ist erwacht

Über dem Hof, in der
einstigen Nacht,
Ist ein neuer leuchtender
Stern erwacht,
Er steht überm Fenster
des armen Manns
In blutrotem Glanz!

Und seine fünf Zacken
strahlen weit
In Elend, Hunger und
Dunkelheit.

Er leuchtet überall auf
Erden,
Wo arme Kinder
geboren werden.

Denn nicht ein Erlöser
Ist uns erstanden,
Millionen Erlöser in
allen Landen.

Aus dem Weihnachtslied „Der neue Stern“, das ich vor zwanzig Jahren schrieb. Der Rauch des Krieges ist gefallen, die Raketen des tausendjährigen Reiches sind erloschen; aber der neue Stern steht klar am Himmel wie ehedem.

Erich Weinert.

Wir sind da und bleiben da!

Vorläufige Bilanz der Gemeindevahlen

Noch immer stehen die endgültigen Ergebnisse der Gemeinderats- und Kreistagswahlen in Württemberg-Baden aus und zwar als Folge des eigenartigen, in Württemberg geborenen und dort bodenständigen Wahlverfahrens. Trotzdem scheint man im Landesbezirk Baden die neue Auszählungsmethode rascher gemeistert zu haben, als in ihrem Ursprungsgebiet, denn als erste Stadt in Württemberg-Baden veröffentlichte Mannheim das amtliche Ergebnis bereits vier Tage nach der Wahl.

Eine eingehende Gesamtbeurteilung und Wertung des Wahlergebnisses muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Die allgemeine Tendenz der Wahl tritt jedoch bereits klar zu Tage. Hervorstechend ist die äußerst geringe Wahlbeteiligung: Die Stuttgarter „Volksstimme“ schreibt hierzu:

Hier hat die Stimmung der Bevölkerung, die sich so oft in Worten Luft machte: „Es hilft ja doch alles nichts“, ihren Niederschlag gefunden. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, verbunden mit einem tiefen Mißtrauen gegen die bestehende Ordnung (oder besser Unordnung), gegen Regierung, gegen Parteien, gegen Politik überhaupt führte zur Obstruktion der Wähler. Es ist die Politik der halben Maßnahmen und die Ursache der wirtschaftlichen Desorganisation mit ihrem Sumpf von Kompensation und Korruption — die sich hier rächt. Der Mangel an Demokratie hat den Glauben an die eigenen Kräfte, den Glauben an eine echte Demokratie untergraben. Die Methode der Reaktion, durch Wirtschaftssabotage die Demokratie zu diskreditieren, hat ihre Früchte getragen.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung von ca. 76,5 Prozent bei den letzten Gemeinderatswahlen auf rund 58 Prozent ist nicht nur ein Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Verhältnissen, sondern auch mit den unzulänglichen Methoden, sie zu überwinden. Die CDU ist die große Verliererin bei diesen Wahlen. Trotz aller Verschleierrungstaktik, trotz aller Hetze insbesondere gegen die KPD und trotz aller Einschmeichelungsversuche bei bestimmten Bevölkerungsschichten erkennen die Massen immer klarer, daß gerade in den Reihen dieser Partei die Organisatoren des Chaos zuhause sind. Auch der innere Zersetzungsprozeß in dieser Partei und bisher mühsam überbrückte Gegensätzlichkeiten, wie die zwischen katholischen und evangelischen Anhängern, fanden ihren Niederschlag in dem Wahlergebnis.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit einer skrupellosen Wahldemagogie, mit unverhülltem Einsatz für die großen Pgs. unter dem Anschein der Fürsprache für die Kleinen, verstand es die DVP, aus der Niederlage der CDU Gewinn zu ziehen. Die „Volksstimme“ schreibt hierzu: „Dabei hat sie diese Politik selbst in der Sprache der Nazi-Propaganda angepaßt und vor allem die bereits durch die allgemeine antikommunistische Welle erzeugte Furcht der Kleinbürger für sich ausgenützt. Ihr Anpreisen der „freien Wirtschaft“ als Allheilmittel hat ihr Wähler zugeführt, die noch nicht zu der Erkenntnis gekommen sind, daß eben diese ungehemmte Profitwirtschaft die Ursache der Zwangsbewirtschaftung mit dem ganzen Sumpf des Schwarzen und Grauen Marktes ist.

Die Arbeiterparteien haben sich gut geschlagen. Die SPD hat ihre Stimmzahl zum Teil, insbesondere in den Städten, vergrößert. Auch die Kommunistische Partei hat sich trotz der wütenden antikommunistischen Feldzugswelle im wesentlichen gehalten. Insbesondere kann die Arbeiterschaft feststellen, daß ihre Reihen dort am geschlossensten blieben, wo sie, wie in Mannheim, der Hetze und dem Treiben der Reaktion am wenigsten tatenlos gegenüberstand.

Die Wahlbeteiligung in den Landkreisen ist durchweg viel höher als in den Städten und erreichte 80-85 Prozent. Eine wesentliche Ursache hierfür dürfte das erstmalige Auftreten der Neubürger sein, die häufig eigene Listen aufstellten und künftig in der Gemeindepolitik ein neues Spannungselement darstellen werden.

Die Kommunistische Partei hat in Mannheim ihren prozentualen Anteil von 17,7 Prozent erhalten, im Landkreis Mannheim in vielen Orten beträchtlich zugenommen, und zwar nicht nur über die Stimmzahl der letzten Gemeindevahl, sondern auch über die der Landtagswahl hinaus. So hat jetzt z. B. Edingen 2 kommunisti-

Kommunistischer Wahlsieg in Le Havre

Der „Badischen Zeitung“ vom 12. 12. entnehmen wir, was uns die überparteiliche lizenzierte Presse in der US-Zone bisher fein säuberlich untergeschlug, daß gelegentlich Neuwahlen zum Gemeinderat in Le Havre die Bevölkerung dieser großen Stadt den Kommunisten 40 Prozent ihrer Stimmen gegeben hat. Die Gaullisten, in Verbindung mit den Unabhängigen, erlitten eine Schlappe und verloren seit der Oktoberwahl 5 Prozent ihrer Stimmen, während die Kommunisten Stimmenzuwachs verzeichnen konnten. Die französische Zeitung „Humanité“ schreibt hierzu: „Die Wahlen in Le Havre sind die endgültige Antwort an Dulles. Er kam zu uns, um Zwietracht unter den Franzosen zu säen. Unser Volk ruft ihm zu: „Zurück, Le Havre will kein amerikanischer Hafen sein, Frankreich will keine Kolonie sein.“

John Lewis bricht mit AFL

John Lewis, eine der markantesten Persönlichkeiten der amerikanischen Arbeiterbewegung, ist mit der Bergarbeitergewerkschaft, deren Vorsitzender er ist, aus dem Gewerkschaftsbund AFL ausgetreten. Die AFL (American Federation of Labor) ist eine reaktionäre Organisation, als deren Gast Dr. Schumacher vor kurzem in USA weilte und die sich gegenwärtig sehr stark in gewerkschaftsfeindlichem Sinne auch in Deutschland betätigt, indem sie durch ihr Büro in Stuttgart den Vereinigungsbestrebungen der deutschen Gewerkschaften entgegenarbeitet. Lewis entschloß sich zu dem Bruch mit der AFL, weil führende Mitglieder derselben bereit sind, sich einer arbeitserfeindlichen Gesetzgebung zu beugen und die geforderten Erklärungen über die Nichtzugehörigkeit zur Kommunistischen Partei zu unterzeichnen.

Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Dresden

(Eigener Bericht) Die 7. Interzonen-Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands wird vom 20. bis 22. Januar 1948 stattfinden. Die führenden Funktionäre der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden u. a. den Bericht des Arbeitsausschusses entgegen nehmen der beauftragt war, Vorschläge für die Durchführung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses im Frühjahr 1948 auszuarbeiten

sche Gemeinderäte, wo bisher keiner war. In Ilvesheim hat die KPD 3 Sitze statt bisher einen, wobei die kommunistischen Kandidaten sehr stark auf den Listen der anderen Parteien in Erscheinung traten, das heißt panaschiert wurden. An diesem Ort wäre es möglich gewesen, noch einen weiteren Arbeiterkandidaten, SPD oder KPD, durchzubringen, wenn die SPD dem kommunistischen Vorschlag nach Listenverbindung gefolgt wäre. In Kelsch gibt es jetzt 4 kommunistische Gemeinderäte statt bisher 2, und auch hier fällt sehr stark ins Auge, daß gerade die kommunistischen Vertreter ungleich mehr als die Vertreter anderer Parteien panaschiert wurden.

Nur wenige Resultate liegen bisher aus den übrigen Landgebieten vor. Doch auch hier ist jetzt schon ersichtlich, daß die Kommunisten sich auch auf dem Lande des wachsenden Vertrauens der Bevölkerung erfreuen. In Michelbach mit einer ganz schwachen Parteiorganisation der KPD, wurden dank der unermüdbaren Tätigkeit weniger Mitglieder zwei kommunistische Gemeinderäte (bisher 0)

Mitbestimmungsrecht beendet das Chaos

Arbeitsminister Kohl vor den Boscharbeitern — Gesetzentwurf vor dem Kabinett

Vor der Belegschaft der Firma Robert Bosch AG., Stuttgart-Feuerbach, nahm Arbeitsminister Kohl grundsätzlich Stellung zur Frage der Mitbestimmung der Betriebsräte in der privaten Wirtschaft. Er erklärte, daß auf Grund der durch die Militärregierung genehmigten Verfassung ohne Bedenken die Möglichkeit bestehe, das Mitbestimmungsrecht nicht nur in allen personellen, sondern auch in allen wirtschaftlichen Fragen gesetzlich zu verankern. Er gab bekannt, daß ein von ihm ausgearbeiteter Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht dem Kabinett noch vor Weihnachten vorgelegt werde und dann im Landtag zur Debatte stehe.

Nicht nur die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch die der letzten zwei Jahre erhärten die berechtigte Forderung der Arbeiterschaft nach einem Mitbestimmungsrecht, daß sich nicht nur auf personelle und lohnpolitische, sondern vor allem auch auf alle wirtschaftlichen Fragen, wie Produktionsplanung, Kalkulations- und Preisgestaltung, Rohstoffbeschaffung, Produktions- und Absatzregelung, Erweiterung oder Verkleinerung der betriebstechnischen Anlagen, Betriebsstilllegung und Verlegung der Verwaltung, Erwerb und Verkauf von Patenten und die Fusi-

gewählt. In Buchen, wo möglicherweise die Wahl wiederholt wird, da allerlei Unstimmigkeiten bemängelt werden, hat die Kommunistische Partei auf ihre Liste zwar nicht so viele Stimmen erhalten, um einen Kandidaten durchzubringen, jedoch wurde der Spitzenkandidat der KPD von über zwei Drittel aller Buchener Wähler überhaupt auf die Listen anderer Parteien gesetzt.

Die starke Arbeitermehrheit in Mannheim darf dieses Mal nicht wieder für ein Linsengericht verkauft werden! Die künftige Stadtleitung von Mannheim muß in ihrer Zusammensetzung ein Ausdruck des klaren Willens der Mannheimer Arbeiterschaft sein. In Stadt und Land werden die kommunistischen Vertreter durch ihre unermüdbare Arbeit gegen das Chaos angehen und das stark erschütterte Vertrauen zu den Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung, das demokratische Bewußtsein des Volkes fördern. Mit Stolz stellen wir Kommunisten fest: Wir sind da und wir bleiben da! Und wir werden die Stärkeren sein!

onierung von Betrieben erstrecken muß. Der Unternehmer soll Unternehmer bleiben, aber die Arbeiterschaft muß gleichberechtigt an ihrem Betrieb mitwirken, denn das heißt eben Mitbestimmung. Der Entwurf des Arbeitsministers Kohl ist der Ausdruck dessen, was die Arbeiterschaft dringend braucht und was sie mit allem Nachdruck fordert: Wirkliche Mitbestimmung und Mitverantwortung. „Zunächst geht es uns darum“ erklärte Minister Kohl, „die chaotischen Zustände in unserer gegenwärtigen Wirtschaft zu ändern. Wir müssen über die Betriebsdemokratie hinaus zur Wirtschaftsdemokratie gelangen, um unserem Volk die Zukunft sicherzustellen.“

In diesen Tagen und Wochen wird die Arbeiterschaft, deren entscheidende Frage im Landtag behandelt wird, aufmerksam darüber wachen, wie sich die Parteien verhalten werden. Sind sie gewillt, der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften, das für unsere Zukunft unerläßliche Mitbestimmungsrecht zu garantieren oder wollen sie ihr nur das aus der Vergangenheit sattsam bekannte unverbindliche Anhörungsrecht zubilligen. Das erste kann aus der Misere herausführen, das letztere führt unweigerlich in eine neue Katastrophe.

Wir fordern die Einheitsschule!

Mannheimer Elternversammlungen an das Unterrichtsministerium

Schon vor 100 Jahren, im Jahre 1848, forderte die erste allgemeine Lehrerversammlung in Eisenach: „Die einheitliche, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärts gegliederte, auf gemeinsamer menschlich-volkstümlicher Grundlage beruhende deutsche Volksschule...“

Diese alte demokratische Forderung, in einem großen Teil Deutschlands durch die demokratische Schulreform bereits in der Erfüllung begriffen, steht noch als Aufgabe vor uns im Westen, auch in Württemberg-Baden, wo ein Entwurf des Ministers Bäuerle (CDU) wohl bald im Landtag zur Beratung kommen wird. Die Grundprinzipien der Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland sind für alle Zonen umrissen durch die Direktive Nr. 54 des Alliierten Kontrollrats. Danach soll allen nicht nur das abstrakte Recht, sondern die reale Möglichkeit gesichert werden, eine gleiche Schulbildung zu genießen. Ein einheitliches Schulsystem soll nacheinanderfolgende Erziehungsstufen, aber nicht zweierlei Art oder Güte der Erziehung, die einander überlagert sind, kennen. Die Mannheimer Elternschaft ist sehr stark an dem Aufbau einer Schule interessiert, in welcher die Bildungsvorrechte einer kleinen Schicht beseitigt und jeder ohne Rücksicht auf Besitz, Herkunft oder Konfession Zugang zu allen Bildungsmitteln hat. Allein im Laufe der letzten Woche fanden in drei Stadtteilen sehr stark besuchte Elternversammlungen statt, in denen Vertreter der Lehrerschaft die Grundgedanken der Schulreform darlegten. Die Eltern beteiligten sich lebhaft an der Aussprache. In

Mannheim-Waldhof, in der Neckarstadt-West und in Sandhofen, mit allein 700 Besuchern, nahmen sie Entscheidungen an, in denen die Einführung der Einheitsschule gefordert wird. Alle Eltern, die sich ihrer demokratischen Pflichten bewußt sind, sind aufgerufen, in Eltern-Versammlungen und in Eltern-Ausschüssen zu kämpfen für die demokratische Umgestaltung unseres Schulwesens.

Hintergründe der Sprengstoff-Provokation

Die Firma E. Merck in Darmstadt erklärte sich vor einigen Monaten bereit, der KPD-Ortsgruppe in Freiburg den angeblich von dieser bestellten hochexplosiven Sprengstoff zu liefern. Allerdings stellte sich nach Untersuchung durch die Militärregierung heraus, daß das angebliche Bestellschreiben eine Fälschung, die ganze Angelegenheit aber eine ungeheure Provokation darstellte. Die KPD-Fraktion stellte in diesem Zusammenhang im hessischen Landtag eine Reihe von Fragen, welche die Feststellung und die Bestrafung der Schuldigen betrafen. Ein Stellvertreter des Ministerpräsidenten beantwortete die Anfrage mit einem Satz. Er erklärte nämlich, die Beantwortung dieser Anfrage sei Sache der amerikanischen Militärregierung. Das Informationsblatt der KPD Hessen erklärt hierzu:

Wir fragen hiermit erneut und öffentlich: Wann werden endlich die Hintergründe dieser antikommunistischen Provokation enthüllt?

Unter der Lupe

24000 Dosen Konservenfleisch in Gefahr!

Gelegentlich eines Antrages auf Zuweisung von Brennstoff zur Umkonservierung von 7000 Dosen bereits konservierten Fleisches wurde die Feststellung gemacht, daß bei einer Heidelberger Firma 24000 Dosen Fleisch durch unsachgemäße Verarbeitung und Lagerung verdorben bzw. stark gefährdet sind. Viele Dosen wurden schon weggeworfen. Die Haushaltungen werden um ihre Rationen betrogen werden, denn das Fleisch ist so wenig haltbar, daß es schon nach kurzer Zeit in Zersetzung gerät. Ähnliche Dinge werden auch von einer Schwetzingener Firma berichtet. Wir wollen heute in beiden Fällen noch keine Namen nennen. Verantwortlich für diesen Sektor ist ein unseres Wissens sehr selbstherrlich waltender Herr Hecht, Beauftragter des Viehwirtschaftsverbandes. Was gedenkt das Landesernährungsamt, das von den Vorkommissionen unterrichtet ist und sich trotzdem bisher in Schweigen hüllt, zu tun? Die Bevölkerung von Heidelberg ist äußerst beunruhigt und erblickt in diesen ungläublichen Vorkommissionen einen Beweis für die Notwendigkeit, durch Kontrollausschüsse aus den Reihen der Verbraucher selber an der Sicherung unserer Ernährung gegen Unfähigkeit und Sabotage mitzuarbeiten.

Kohlensorgen der Untermieter

Durch die Gruppeneinteilung bei der Brennstoffbelieferung sind die Untermieter, besonders die, welche sich selbst kochen müssen, schwer benachteiligt. Die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim hat die Gleichstellung der Untermieter (Gruppe I) mit Haushaltungen (Gruppe II) angeregt. Die Stadtverwaltung äußert sich zu dieser Anregung wie folgt:

„Gruppe I sind Einzelpersonen, die nicht im Besitze eines Kohlenherdes, eines Gasherdes, eines Elektroherdes sind oder nur über einen Heizofen verfügen... Die Kohlenstelle ist angewiesen, Verbraucher, die in die Gruppe I eingereiht sind und die den Nachweis erbringen, daß sie im Besitze eines eigenen Kohlenherdes oder eines Saukopfens sind, nach der Gruppe II zu überschreiben. Diese Verbraucher erhalten dann auch, wenn der Haushalt ohne Gasanschluß ist, auf Antrag die Zusatzkarte für gaslose Haushaltungen.“

Es ist wohl anzunehmen, daß auch Haushaltungen, die zwar einen Gasanschluß aber keinen Gasherd oder Gaskocher haben, in den Besitz dieser Zusatzkarte kommen können. Im übrigen wurde erklärt, daß im nächsten Jahr die Gruppe I und II zu einer Gruppe vereinigt werden. Für die armen Stiefkinder der Gruppe I fürwahr ein schlechter Trost. Jetzt ist es kalt und jetzt wird der Brennstoff gebraucht.

Kohlenstelle begünstigt Feuerwehr

Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Bammental, weilt in einem Brief an die Kohlenstelle des Wirtschaftsamt Heideberg-Land, fest, daß der Schlossermeister Friedrich Ziegler jun. 22 Zentner Briketts zugeteilt erhielt. Ueber diese Zuteilung herrscht in der Gemeinde große Empörung. Schlossermeister Ziegler ist Bezirksfeuerwehrrhauptmann und braucht angeblich für seinen Büroraum diese horrenden Brikettzuteilung, eine Menge, mit der normalerweise mehrere große Familien auskommen müssen. Die Kommunistische Partei betrachtet es als ihre Pflicht, nach dem Rechten zu sehen und verlangt deshalb Aufklärung über diesen Fall von der Kohlenstelle.

Große Protestkundgebung in Buchen

Bei der Wahl am Sonntag, 7. 12. 1947, wurden im ganzen Kreise Buchen Unstimmigkeiten bei der Auszählung des Wahlergebnisses festgestellt. Auf Grund dieser Ereignisse veranstaltete die KPD Buchen eine große Bürgerversammlung, bei der über 500 Personen anwesend waren. Es sprachen Ludwig Burkhardt, Hardheim, über die Rolle der CDU, und Eggenberger, Buchen, über die besonderen Vorkommnisse bei der Auszählung der Wahl in Buchen. Besondere Zustimmung fanden die Ausführungen Eggenbergers, Buchen. Einmütig kam der Wille zum Ausdruck, jegliche Wahlschiebung mit aller Strenge zu verfolgen und die die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Buchen, die Wahl angefochten hat, so kann man mit Spannung auf die Antwort des Landratsamtes warten, ob es bereit sein wird, die Forderung nach Wiederholung der Wahl zu erfüllen.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksverband Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.